

# STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER  
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!  
FREI UND UNENTGELTLICH  
INSPIRIEREND  
S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...  
[www.KLAGEMAUER.TV](http://www.KLAGEMAUER.TV)  
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



## HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,  
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!  
WELTGESCHEHEN UNTER  
DER VOLKSLUPE  
S&G

~ AUSGABE 18/16 ~  
NEIN ZUR  
EU-KNECHTSCHAFT



### DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

#### INTRO

*Die Souveränität, Unabhängigkeit und Neutralität von Nationen stehen den Zielen der Architekten einer Neuen Weltordnung (NWO) diametral entgegen. Jedes traditionelle Nationalbewusstsein soll daher beseitigt werden. Dass die Schweiz im Herzen Europas weder der EU noch der NATO angehört, ist den Globalstrategen schon längst ein Dorn im Auge. Deshalb wird mit Hilfe der Mehrheit des Schweizer Bundesrates mit Hochdruck ein schleichernder EU- sowie auch ein NATO-Beitritt vorangetrieben. Ein weiterer Dorn ist, dass die EU-freie Schweiz die EU in puncto Innovationskraft, Lebensqualität, geringer Schuldenlast, Stabilität und vielem mehr bei Weitem überflügelt. Dies könnte für die EU-Länder Vorbildcharakter haben und sie dazu animieren, der globalstrategisch gleichgeschalteten Brüsseler Diktatur den Rücken zu kehren. Das EU-Austritts-Volksbegehren in Österreich, die bevorstehende Abstimmung am 23.6.2016 in England über den Verbleib in der EU und die Volksentscheide in Dänemark vom 3.12.2015 und Holland vom 5.4.2016 (Ablehnung des EU-Abkommens mit der Ukraine), zeigen in aller Deutlichkeit, dass viele Europäer ihre ureigenste Souveränität wieder zurückverlangen wollen. Das sollte den Schweizern Grund genug sein, weder einen schleichenden noch den EU-Vollbeitritt zuzulassen!*

Die Redaktion (brm.)

#### Schweizer Nationalrat will Rückzug des EU-Beitrittsesuches

**lr./br.** Seit 1992 liegt das EU-Beitrittsesuch der Schweiz in Brüssel. Der Nationalrat hatte nun am 1.3.2016 den Antrag des SVP-Nationalrates Lukas Reimann, das EU-Beitrittsesuch zurückzuziehen, mit 126 zu 46 Stimmen angenommen. Reimann wertet dies als ein starkes Zeichen gegenüber der EU, vor allem auch hinsichtlich der laufenden Verhandlungen

mit der EU über das Rahmenabkommen. Solange das EU-Beitrittsesuch in Brüssel deponiert ist, behandelt die EU die Schweiz bei Verhandlungen auch wie ein Land, das der EU offiziell beitreten will und nicht wie eine unabhängige, eigenständige Nation. Das ist beim Rahmenabkommen überdeutlich sichtbar, wo die EU von der Schweiz die Übernahme

des EU-Rechts in fast allen Bereichen verlangt. Nur ohne EU-Beitrittsesuch hat die Schweiz eine starke Verhandlungsposition. Darum ist der Entscheid des Nationalrates ein wichtiger Schritt. Doch gilt es weiterhin jeden Versuch der EU-Befürworter die Schweiz in die Abhängigkeit der EU zu drücken, mittels Information zu vereiteln! [1]

#### EU-Recht steht über nationalem Recht

**rg.** Der von der Mehrheit des Schweizer Bundesrates angestrebte Rahmenvertrag mit der EU, beinhaltet unter anderem die Anerkennung des EU-Gerichtshofes (EuGH). Der EuGH soll für die Schweiz bei Meinungsverschiedenheiten als höchste, unanfechtbare Entscheidungsinstanz gelten. Bundesrat Didier Burkhalter verbreitet jedoch stets die Meinung, dass die Entscheidung des EU-Gerichtshofes grund-

sätzlich den Charakter von Gutachten hätten, also Empfehlungen gleich kämen, deren Umsetzung Sache der politischen Behörden sei. Dem widerspricht Koen Lenaerts, Präsident des EU-Gerichtshofes, entschieden. Er bekräftigt, dass die Entscheidungen des EuGH stets verbindliches Recht sind: „Selbst wenn wir ein Gutachten erstellen, dürfen EU-Vertreter nichts beschließen, das dem Gutachten

widerspricht.“ Zentrale Aufgabe des höchsten EU-Gerichts ist es also, den Vorrang von EU-Recht über alles nationale Recht in Europa verbindlich durchzusetzen. Lenaerts Aussage legt somit offen, dass die Schweizer Öffentlichkeit mit der „Gutachten-Theorie“ des Bundesrates über die wahren Auswirkungen des Rahmenvertrages getäuscht wurde. [2]

#### Fremde Richter und Gesetze in der Schweiz unerwünscht

**aso.** Am 17.11.2015 hat die Basler Zeitung folgende Ergebnisse einer Umfrage publiziert: Bei der Frage, ob die Schweiz auf die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative verzichten soll, um dadurch das Rahmenabkommen mit der EU zu ermöglichen, antworteten insgesamt 42 % mit Ja oder eher Ja. Wenn dieses Abkom-

men zur automatischen Übernahme von EU-Gesetzen und Verordnungen führt, bejahten nur noch 20 % mit Ja oder eher Ja. Ganz klar waren die Antworten auf die Frage, ob einem Rahmenabkommen mit der EU zugestimmt würde, welches dem EU-Gerichtshof den endgültigen Entscheid bei Meinungsverschiedenheiten zusi-

chert. Nur 4 % der Befragten sagten Ja und zusätzlich 14 % eher Ja. Fazit: „Fremde Richter“, die fremdes Recht verbindlich in der Schweiz geltend machen würden, sind in der Schweiz weiterhin sehr unpopulär. Ein Rahmenvertrag, der solches schriftlich festhalten würde, hätte beim Schweizer Souverän keine Chance. [3]

#### Dänemark erteilt der „EU-Diktatur“ eine Abfuhr

**dd./fh.** Am 3.12.2015 stimmten die dänischen Wähler dagegen, im Bereich Justiz und Inneres, in Zukunft enger mit der EU zusammenzuarbeiten. Bislang hatte Dänemark Sonderrechte u.a. im Bereich der Sicherheits-, Justiz- und Innenpolitik der EU. Da

jedoch die europäische Polizeizusammenarbeit Europol im Jahr 2016 international wird, laufen die Sonderrechte diesbezüglich aus. Nun sollte die neue Regelung in ein unübersichtliches Gesamtpaket mit 22 Bestimmungen integriert werden, wobei die Souve-

ränität an die EU abgetreten würde. Neben der Schwäche der EU generell, wie sie auch für Dänemark in den letzten Monaten in der Flüchtlingskrise deutlich wurde, war dieses Gesamtpaket einer der Hauptgründe für die

Fortsetzung Seite 2

**Quellen:** [1] AUNS-Bulletin, März 2016, 180. Ausgabe | <http://auns.ch/zwei-erfolge-fuer-die-auns-eu-beitrittsesuch-kommt-endlich-vom-tisch/> [2] NZZ, 9. 11. 2015 | [http://eu-no.ch/news/was-der-eugh-sagt-ist-absolut-verbindlich\\_113](http://eu-no.ch/news/was-der-eugh-sagt-ist-absolut-verbindlich_113) [3] „Basler Zeitung“, 17.11.2015 | [http://eu-no.ch/news/interessante-umfrage\\_107](http://eu-no.ch/news/interessante-umfrage_107)

**Virenwarnung!** Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!  
**Sie haben eine wichtige Info?** Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!  
Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzartikel an [SuG@infopool.info](mailto:SuG@infopool.info)

Fortsetzung von Seite 1

Ablehnung der Vorlage. Dänemark möchte nun mit bilateralen Verhandlungen versuchen, eine Einigung zu finden. Doch wie ergeht es der Schweiz mit den bilateralen Verhandlungen über neue Abkommen? Die EU spricht Klartext: „Ohne Abschluss eines institutionellen

Rahmenvertrags (Gesamtpakets) gibt es keine neuen Abkommen.“ Denn: „Wer den kleinen Finger gibt“ – sprich eine bilaterale Einigung mit der EU sucht – „dem nimmt man die ganze Hand“ – sprich die Souveränität, indem die EU ein Gesamtpaket aufzuzwingen versucht. [4]

**Protest erwirkt zweite Expertenanhörung**

**mw./ns.** In der letzten Juniwoche 2015 war es den österreichischen Bürgern möglich, das EU-Austritts-Volksbegehren zu unterzeichnen. Weil die Medien das Volksbegehren verschwiegen, verteilten Tausende Bürger in Eigeninitiative Informationsmaterial. Dadurch wurden ca. eine Million Exemplare des Infoblattes von Hand zu Hand weiter gereicht. Das führte schließlich dazu, dass innerhalb einer Woche nicht nur die geforderten 100.000, sondern mehr als 260.000 Unterschriften zusammenkamen. Am 3.12.2015 kam es zu einer öffentlichen Expertenanhörung, die jedoch sehr unausgewogen war. Für die Parlamentsfraktion und deren Sprecher wurden 77 Minuten Redezeit zur Verfügung gestellt. Den Vertre-

tern des Volksbegehrens wurden jedoch nur dreizehn Minuten zugeweiht. Zudem erhielt Frau Inge Rauscher, Bevollmächtigte des Volksbegehrens, nur drei Minuten Redezeit. Sie nahm dies zum Anlass, gleich zu Beginn der Expertenanhörung deutlich zu markieren, dass diese gesamte Handhabung unzumutbar sei. Sie forderte eine ausgewogene Expertenanhörung, die den fachlichen Argumenten der Betreiber des EU-Austritts-Volksbegehrens und den dahinter stehenden Bürgern, über eine Viertelmillion, den nötigen Respekt zollt. Abschließend verließ sie aus Protest die Sitzung. Diese eindrückliche Haltung zeigte Wirkung und das Parlament berief eine zweite Expertenanhörung ein. [5]

**Sieht so eine Demokratie in einem EU-Land aus?**

**mw./dd./br.** Am 27.1.2016 fand die abschließende Behandlung des EU-Austritts-Volksbegehrens im österreichischen Nationalrat statt. Da zeigte sich, inwieweit die Abgeordneten wirklich daran interessiert sind, das EU-Austritts-Volksbegehren zu einer Volksabstimmung zu bringen. Bei der Debatte waren viele Abgeordnete entweder gar nicht anwesend oder sehr desinteressiert. Der Großteil spielte während der gesamten Sitzung mit dem Handy, unterhielt sich oder telefonierte sogar. Obwohl sich mehrere Abgeordnete bei ihrer Stellungnah-

me zu den Forderungen des Volksbegehrens durchweg EU-kritisch äußerten, machte keiner der 183 Abgeordneten davon Gebrauch, einen Antrag auf eine Volksabstimmung einzureichen. Wie kommt es dazu, dass kein einziger Abgeordneter daran interessiert ist, dass das österreichische Volk selber über seine Zukunft entscheiden darf? Da bleibt zweifelsohne die Frage zurück, ob das überhaupt Volksvertreter sind, da sie die Anliegen des Volkes weder gewissenhaft noch ernsthaft auf höchster politischer Ebene im Parlament vertreten. [6]

**Gefährliche NATO-Anbiederung der Schweiz**

**rs.** Vom 16. bis 17.2.2016 fand in Zürich (Schweiz) eine Konferenz der NATO und ihren sogenannten Partnern im Bereich der militärischen Kooperation statt. Mehr als 100 Offiziere aus über 40 Nationen diskutierten dabei über die zukünftige Zusammenarbeit im Rahmen des veränderten Sicherheitsumfeldes. Gleichzeitig hat die Schweiz ihre 20-jährige Beteiligung an der NATO-Partnerschaft für den Frieden (PfP)\* gefeiert. Anstatt die immerwährende, bewaffnete Neutralität zu bekräftigen, wurde in einem internationalen Militärrahmen auf neutralem Schweizer Boden der schleichende NATO-Beitritt zelebriert. Mit die-

ser NATO-Anbiederungspolitik spielt der Bundesrat mit dem Feuer, denn damit gefährdet er die Sicherheit der Schweiz. Die aktuellen Konflikte, Kriege und Machtverschiebungen benötigen dringend eine neutrale Plattform, um der Friedensdiplomatie eine Chance zu ermöglichen. Nur mit einem klaren Bekenntnis zur Neutralität und gleichzeitigem Austritt aus der PfP kann die Schweiz diese Plattform bieten. [7]

\*Die PfP war auf Initiative der USA als Instrument geschaffen worden, um die osteuropäischen und neutralen Staaten in die Nato einzubinden. So sind bereits zehn ehemalige PfP-Mitglieder NATO-Mitglieder geworden.

**Schweizer Luftwaffe unter Kontrolle der USA?!**

**af./sak.** Die Schweizer Luftwaffe fliegt mit einem präzisen GPS (Global Positioning System) der USA. Für das GPS-Gerät wird ein spezieller Code benötigt, der vom US-Geheimdienst NSA hergestellt und wöchentlich verändert wird. Unter anderem sind die Schweizer F/A-18-Kampffjets mit ihrer Lenkwaffe AMRAAM mit diesem GPS ausgerüstet. Nicht nur das GPS, auch die Software-Updates von F/A-18 und der Lenkwaffe AMRAAM, unterliegen der US-Kontrolle. Welchen Code die Amerikaner dabei programmieren, bleibt dem Schweizer Personal verborgen. Laut einem ehemaligen Schweizer F/A-18-Piloten könnten abgefeuerte Lenkwaffen von den USA per Funksignal gestört und damit deren Flugbahn sogar verändert werden. Die Schweiz ist weder in der EU noch in der NATO und doch unter Kontrolle der USA? Das steht in absolutem Widerspruch zur Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, die in Art.2 den „Zweck“

der Eidgenossenschaft wie folgt festsetzt: „Die Schweizerische Eidgenossenschaft [...] wahrt die Unabhängigkeit und die Sicherheit des Landes.“ Dieser Artikel lässt die Mitbestimmung der USA im Schweizer Luftraum nicht zu. Wer schiebt dieser US-Einmischung den Riegel vor? [8]

**Schlusspunkt •**

**„Der EU zu entkommen wäre, wie aus dem Knast auszubrechen!“**

Boris Johnson, Bürgermeister von London

**Diese Befreiung aus der EU-Knechtschaft ist jedem EU-Mitgliedsland zu wünschen. Den Nicht-EU-Mitgliedsländern wie der Schweiz bleibt zu wünschen, dass sie sich niemals in diese oder ähnlich gelagerte Knechtschaften begeben. Helfen Sie mit, dass das hinter der EU, NATO, UNO, usw. steckende NWO-Ziel der totalen Versklavung aller Nationen aufgedeckt und vereitelt wird!** Die Redaktion (brm.)

**Quellen: [4]** [www.kla.tv/7259](http://www.kla.tv/7259) | [www.kla.tv/5816](http://www.kla.tv/5816) | [www.srf.ch/news/international/nej-tak-nein-danke-daenen-sagen-nein-zu-mehr-europa](http://www.srf.ch/news/international/nej-tak-nein-danke-daenen-sagen-nein-zu-mehr-europa) [5] [www.klagemauer.tv/index.php?a=showmediacomment&blockid=6505](http://www.klagemauer.tv/index.php?a=showmediacomment&blockid=6505) | [www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20160122\\_OTS0129/parlament-top-im-nationalrat-am-27-jaenner-2016](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20160122_OTS0129/parlament-top-im-nationalrat-am-27-jaenner-2016) [6] [www.kla.tv/7614](http://www.kla.tv/7614) | *Wegwarte Folge 1 Jänner 2016 Seite 1 – 3* [7] *AUNS-Bulletin, März 2016, 180. Ausgabe* | *Buch Spin doctors im Bundeshaus, s. 155* | [www.zeit-fragen.ch/index.php?id=2245](http://www.zeit-fragen.ch/index.php?id=2245) [8] [www.aargauerzeitung.ch/schweiz/total-abhaengig-usa-liefern-geheimcodes-fuer-schweizer-armee-129438017](http://www.aargauerzeitung.ch/schweiz/total-abhaengig-usa-liefern-geheimcodes-fuer-schweizer-armee-129438017)

**Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!**

*Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.*

**Impressum: 14.4.16**

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

**Verantwortlich für den Inhalt:**

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.

**Redaktion:**

Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

**Auch in den Sprachen:** ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage

**Abonnentenservice:** [www.s-und-g.info](http://www.s-und-g.info)

**Deutschland:** AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen

**Österreich:** AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan

**Schweiz:** AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein



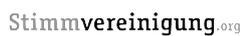
[www.anti-zensur.info](http://www.anti-zensur.info)



[www.klagemauer.tv](http://www.klagemauer.tv)



[www.panorama-film.ch](http://www.panorama-film.ch)



[www.stimmvereinigung.org](http://www.stimmvereinigung.org)



[www.agb-antigenozidbewegung.de](http://www.agb-antigenozidbewegung.de)



[www.sasek.tv](http://www.sasek.tv)